

Kiel, 28.02.2008

**Landtag
aktuell**

**Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn**

TOP 24, EU-Gesundheitsstrategie (Drucksache 16/1881)

Rolf Fischer:

EU-Gesundheitspolitik ist auch eine Chance für die Regionen

„Gemeinsam für Gesundheit“ – das ist der Leitfaden, der sich durch meine Rede ziehen wird. Längst ist die europäische Dimension dieses Politikfeldes deutlich. Ein Beispiel: Vor wenigen Tagen konnten wir ein Treffen mit dänischen Sozialdemokraten aus Syddanmark in Flensburg durchführen. Einigkeit bestand, dass der **grenzüberschreitenden Gesundheitspolitik** besondere Bedeutung zukommen muss.

Es ist richtig, weil in der Sache logisch, dass der **Wegfall der Grenze** auch eine neue Kooperation im gesundheitspolitischen Bereich nach sich ziehen muss und wird! Beste Ansätze sind vorhanden:

- Das Flensburger Malteser-Krankenhaus behandelt seit einigen Jahren auch dänische Tumorpatienten;
- hier entsteht ein grenzüberschreitendes Untersuchungs- und Diagnostik-Zentrum,
- seit 2005 gibt es ein deutsch-dänisches Weiterbildungsprogramm für Rettungskräfte.

Drei Beispiele für eine Entwicklung, die viele noch gar nicht ernst genug nehmen, und denen für unsere Grenzregion noch weitere hinzugefügt werden könnten.

Das EU-Gesundheits-Weißbuch 2008 – 2013 nimmt diese Entwicklung auf und verlangt auch von den **Regionen** – also nicht nur von den nationalen Regierungen – politische Initiativen. Das zweite Aktionsprogramm der EU, das am 1.1.08 in Kraft getreten ist, wird diese Ziele durch konkrete Projekte fördern. Der Finanzrahmen des Programms beträgt übrigens 320 Mio. Euro.

Was sich aber leicht und nachvollziehbar darstellen lässt, ist in der politischen Praxis keineswegs ohne Probleme. Sozial- und Gesundheitspolitik seien im wesentlichen nationale Aufgaben. Diese Haltung wird sowohl von Krankenkassen und Ärztevereinigungen als auch von Teilen der Politik und der Gewerkschaften bis heute eingenommen. Noch immer ist die **Sozial- und Gesundheitspolitik in der öffentlichen Darstellung ein Hort des föderalen Beharrrens.**

Tatsächlich aber dynamisiert sich längst die EU-Gesundheitspolitik. Die europäische Realität ist dabei, diesen Beharrungsansatz längst zu überholen. Und das ist nötig! **Wir wollen das soziale Europa** – das ist unser politisches Ziel. Gerade wir Sozialdemokraten haben uns immer für dieses Ziel stark gemacht. Das heißt aber: Der Europäische Binnenmarkt ist ohne eine **flankierende europäische Sozialpolitik**, deren Teil eine moderne Gesundheitspolitik ist, nicht sozial verantwortlich im Sinne der Arbeitnehmer, von denen wir sehr viel Mobilität und Bewegung in Europa verlangen, denen wir aber noch immer nicht die ausreichende soziale Sicherheit und Absicherung europaweit garantieren, eben weil die nationalen Scheuklappen hier bisher den notwendigen Weitblick verhindern.

Denn auch Patienten denken heute europäischer, junge Ärzte wechseln zu europäischen Nachbarn und selbst die Krankenkassen europäisieren ihre Angebote.

Wir erwarten Schutz vor Krankheiten, eine gesunde Umgebung, Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz; wir brauchen schon auf kurze Sicht eine hochwertige Gesundheitsvorsorge innerhalb der EU.

Zwei Ebenen sind also mit dem EU-Weißbuch angesprochen: die Regelungsmöglichkeiten zwischen **Nationalstaat und Europa** und die Chancen, die die Regionen haben. So heißt es im Weißbuch: „stärkere Einbeziehung der Gesundheitspolitik in alle Politikbereiche auf der Ebene der Regionen“. Hier können und müssen wir partizipieren. Den Vorbehalten auf der nationalen Ebene gegen eine zu starke Regelung der Sozial- und Gesundheitspolitik durch die EU, wie sie von der Bundesregierung und vom Bundesrat geäußert werden, können die Notwendigkeiten und die Erfolge der **regionalen Kooperationen** entgegen gehalten werden.

Ein weiteres Beispiel aus unserer Region: Das „e-health-Netzwerk“, an dem Partner aus fünf Ostseeanrainern und auch Schleswig-Holstein teilnehmen, ist ein gelungenes Beispiel für Kooperationen. Hier geht es um eine **gemeinsame Gesundheitsstrategie im Ostseeraum**. Das ist der richtige Weg, wenn wir gemeinsam für Gesundheit arbeiten wollen.

Lassen sie mich abschließend feststellen: Mit der neuen gesundheitspolitischen Strategie wurde ein umfassender Rahmen geschaffen und für die kommenden Jahre vorgegeben. Die Strategie hat nicht nur die Gesundheit im Blick, sondern soll diesen Bereich in alle anderen Politikfelder einbeziehen. Dieser Ansatz ist richtig und kann in die anderen Strategien (Lissabon, Nachhaltigkeit und Sozialcharta) integriert werden.

Sozial- und Gesundheitspolitik in Abstimmung mit der EU – dieser Ansatz hat Zukunft. Sperren wir uns, so wird die Politik in absehbarer Zeit der Realität hinterherlaufen. Das aber wäre für Europa, für die Nationalstaaten und für die Regionen nicht gut. Also: **Gemeinsam für Gesundheit!**

